

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.
Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Preisprophet Nr. 123.

Preisprophet Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 1. 50 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Expedition
abgefordert vierteljährlich 1. 25 &.



Insertionspreis
der 6-spaltigen Zeile ober deren Raum für Geisenheim 10 &;
außwärts 15 &. — Reklamenpreis 30 &.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

140

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag, den 4. Dezember 1917.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

17. Jahrg.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 3. Dez. (Amtlich).

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nach heftigem Trommelfeuer bei mondhellener Nacht der Engländer gestern früh mit starken Kräften unsere Stellungen nördlich bei Vasschenbaele an. Thüringische und bayerische Truppen warfen den Feind zurück und nahmen 60 Gefangene. Nach Abwehr der Angriffe flautete das Feuer ab. Es nahm am Abend vorübergehend wieder erhebliche Stärke an.

Auf dem Kampffeld bei Cambrai war tagsüber nur wenigen Abschnitten die Feuerstätigkeit lebhaft. Am Abend griff der Feind nach starker Feuerbeurteilung zwischen Houthulst und Bourlon an. In heftigen Nohlkämpfen wurde abgewiesen. Ein englischer Teilangriff bei La Baguerie wurde im Gegenstoß wurden 9 Geschütze und 18 Maschinengewehre erbeutet.

Die Zahl der seit 30. November gemachten Gefangenen hat sich auf 6000, die Beute an Geschützen auf 100 erhöht.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

In den Argonnen wurden in erfolgreichen Unternehmungen Gefangene eingebracht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die lebhafteste Feuerstätigkeit im Thannertal und im Rheingau hält an.

In den letzten drei Tagen verloren unsere Gegner im Kampf und durch Abschluß von der Erde 27 Flugzeuge und 2 Fesselballons. Leutnant Müller erlangte seinen 35., Leutnant v. Bülow seinen 27. und 28. und Leutnant Magary seinen 25. und 26. Lufttag.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In zahlreichen Abschnitten der russischen Front ist von Division zu Division öffentliche Waffenruhe vereinbart worden. Mit einer russischen Armee im Gebiete vom Dniester bis südlich der Lipa, und mit mehreren russischen Kommandos wurde Waffenstillstand abgeschlossen. Weitere Verhandlungen sind im Gange. Eine russische Abordnung ist in dem Befehlssbereich des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern zur Herbeiführung eines allgemeinen Waffenstillstandes eingetroffen. mazedonische Front.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die russische Kommission schon am verabredeten Ort!

W. T. B. Berlin, 3. Dez. (Amtlich.) Am 26. Nov. wurde der Volkskommissar für Kriegs- und Marine-Angelegenheiten und der Höchstkommmandierende der russischen Armee Lenko durch einen Parlamentär anfragen lassen, ob der russische Oberbefehlshaber zu sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen bereit sei. Noch am gleichen Tage antwortete der Oberbefehlshaber Ost, Prinz Leopold von Bayern, daß er bereit und bevollmächtigt sei, mit der russischen Obersten Kommandoleitung über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Es wurde sodann mit den Parlamentären Ort und Zeit vereinbart, wo sich eine mit Vollmacht versehene russische Kommission mit einer entsprechend bevollmächtigten Kommission der Gegenpartei treffen sollte. Die russische Kommission traf sich am 2. Dezember nachmittags 4.30 Uhr, an der verabredeten Stelle eingefunden, um sich unverzüglich zu den Verhandlungen in Aussicht genommenen Orte zu begeben. Dort ist sie am 3. Dezember mittags zu erwarten.

TU Amsterdam, 3. Dez. Aus Petersburg wird gemeldet: Trochly teilte den Diplomaten der Alliierten mit, daß Deutschland bereit ist, auf allen Fronten Unterhandlungen zu leiten, um zu einem demokratischen Frieden zu gelangen. Er fragt, ob sie den Unterhandlungen, die am Sonntag beginnen, beizuwohnen wünschen.

Englands Angst um Rußland.

In Petersburg selbst.

Bei den Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung im November, wie „Times“ aus Petersburg meldet, die Sozialisten dort sechs, die Kadetten vier, die Sozialrevolutionären zwei Siege, die anderen Parteien keinen. Die Sozialisten sind jetzt im Besitz der Reichsversammlung, alle anderen Parteien sind geschlossen.

Die Sozialisten in der russischen Nationalversammlung.

In dieser Reichsbank soll der sehr bedeutende, auf mindestens drei Milliarden sich beziffernde russische Goldschatz befinden, sofern — die Engländer ihn nicht rechtzeitig in „Sicherheit“, d. h. in ihre Hände gebracht haben.

Republik Sibirien.

Ein Amsterdamer Blatt meldet aus London: Nach dort eingelaufenen Berichten werde Sibirien sich unter der Führung Potapins für unabhängig erklären. Die Minister seien bereits ernannt worden. Die neue Regierung werde überall sympathisch begrüßt. In einer Anzahl von Orten weise die sibirische Flagge.

Da treten auf einmal eine ganze Reihe neuer politischer Begriffe hervor. Was ist Sibirien? So nennt man den ganzen Norden Asiens, ein Gebiet, dreimal so groß wie Europa, aber wirtschaftlich und sonst ganz unzusammenhängender Begriff. Bewohner: Mongolen, unerforschte Nordvölker, eingewanderte Slaven und einige Einschläge Germanen. — Potapin? Wohl ein sozialistischer Führer. — „Sibirische Flagge!“ Ganz unbekannter Begriff. — Hauptstadt: Tobolsk, wo der Jar ist! Oder Omsk?

Russische Frontunterhändler.

In Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, traf ein Automobil mit russischen Offizieren und Soldaten ein, die mit dem österreichisch-ungarischen Kommandanten eine einseitigstündige Unterredung hatten. Sie wurden lebhaft begrüßt und ein Russe hielt eine Ansprache, in der er sagte: „Freunde, wir wollen den Frieden“. Dann fuhren die Russen wieder zurück.

Das Heer des Kosakengenerals Kalebik hält sich nur aufrecht mit Munition aus den Vorräten der rumänischen Armee.

Die Parlamentswahl in Rußland.

Die Wahlergebnisse für die konstituierende Reichsversammlung ergaben von 194 Sektionen, von denen die Stimmen vorliegen, 220 000 Stimmen für die Sozialisten, 180 000 für die (freisinnigen, englisch-freundlichen) Kadetten und 80 000 für die revolutionären Sozialisten. Von der Petersburger Garnison hat sich eine erhebliche Mehrheit auf die Seite der Sozialisten gestellt.

John Bull besinnt sich.

„Rhetorischer Brei.“

In der englischen Presse erschienen vor kurzem einige Betrachtungen über die Stimmung in England, welche auf eine starke Ueberfrömmung mit Worten, denen keine Taten folgten, schließen lassen.

Robert Fraser wendet sich in der „Daily Mail“ sehr scharf gegen die vielen Ministerreden:

„Wir sind es müde, von Kriegszielen zu hören, was wir Preußen antun wollen, oder was 10 Jahre später mit Polen geschehen soll. Drei Kontinente und die sieben Meere sind voll von unsern Toten. 5000 Mill. Pfund Sterling (100 000 Millionen Mark) haben wir ausgegeben und wir wollen, daß unsere Nachkommen ablassen, rhetorischen Brei auszugeben, wir brauchen keine Redensarten mehr, wir wünschen zu sehen, wie es wirklich um den Krieg steht und wollen ihn nicht länger durch einen Nebel von Lobhudeleien betrachten.“

Die Minister und andere, die das Land durchstreichen und jedermann erzählen, der Krieg sei gewonnen, mögen ihre rosenfarbige Brille abnehmen und die Aussichten prüfen. ... In Island hat es eine dreieckige Woche gegeben.

Jeden Herbst rettet sich Deutschland, indem es ein Königreich verschlingt: 1914 Belgien, 1915 Serbien, 1916 Rumänien. — In jedem Falle versprechen die Verbündeten Rettung und — retten nicht. — Soll Italien dieselben Wege gehen?

Werden die Minister nun herumlaufen und sagen „Der Hunne ist geschlagen“ und schwagen, schwagen, bis es zu spät ist?“

Ein Mann aus dem Volke läßt die „Daily Mail“ reden:

„Ich halte keine Rede nach altem Muster, ich habe keine leeren Phrasen. Ich bestreite, daß die Zeit auf unserer Seite ist. Ich lehne den russischen Unfug ab, daß jeder neue Sieg des Feindes keine Kraft untergräbt, seinen Mut herabdrückt und ein Bumerang ist, der auf ihn zurückfällt. Ich sehe keinen Unterschied zwischen politischen und militärischen Vorteilen. Wir, das Volk, für das ich spreche, sind dieser bequemen Spitzfindigkeiten müde, sie täuschen uns nicht länger.“

Sie sind tote, auf dem Stengel verdorrte Redebäume. Keine Worte mehr! — Wir haben die Reden satt! ...

Wie sagt doch schon der alte Aeschylus? „Widriger sind mir die redenden als die schreibenden Schwäger; diese leg ich weg; jenen entlicke ich nicht.“

Ueber die Pariser Rede Lloyd Georges schreibt die „Daily News“ am 14. November in ihrem Leitartikel: „Der Premierminister hielt eine parlamentarische Rede nicht im Unterhause, wo sie angebracht war, sondern

gelegentlich eines zu diesem Zwecke veranstalteten Banketts in einer fremden Hauptstadt. Es ist dies ein höchst oberflächliches Verfahren — auch kann als bestimmt angenommen werden, daß selbst Lloyd Georges eigene Kollegen, nicht einmal die des Kriegskabinetts von seiner Absicht im voraus in Kenntnis gesetzt worden waren. Sie nehmen gleichfalls teil an dem Erstaunen und Unwillen, die seine Rede in der Presse und beim Publikum erregt.“ Shakespeare hat für die Schwäger und Vielredner gar treffende Worte: „we will not stand to prate; talces are no good boers“ — oder auf deutsch: „Schwägen wir nicht erst lange, wer Worte macht, tut wenig!“ K. P. A.

Ein englischer Führer?

Lord Lansdowne, der greise Führer der Konservativen in England, veröffentlicht im „Daily Telegraph“ eine längere Ausrufung, die in ihrer Tendenz klar zum Frieden mahnt. Er sagt da u. a. zur Frage der territorialen Ansprüche:

„Eine autoritative Mitteilung darüber findet man in der Note der Alliierten vom 10. Januar 1917. Will aber jemand behaupten, daß jene Skizze vollständig ist oder daß es sich nicht als nötig erweisen könnte, sie neuerdings zu prüfen? Asquith habe schon gesagt, daß er in einem Weltkonflikt, wie der jetzige, die Regelungen und Verhandlungen einem späteren Stadium überlassen würde. Es ist gewiß wichtig, sich an jenen klugen Rat zu erinnern. Einige unserer ursprünglichen Desiderata (Wünsche) sind wahrscheinlich unerreichbar geworden, andere dürften jetzt einen weniger wichtigen Platz beanspruchen als im Augenblick, wo sie zum erstenmal erwähnt wurden; wieder andere dagegen, besonders die Wiederherstellung von Belgien, bleiben an erster Stelle und müssen da auch bleiben. Wenn es aber zu einer durchgreifenden Revision der Karte des südöstlichen Europas kommt, könnte man in freimütiger Beratung unter den Alliierten zu einer Verständigung gelangen.“

Lansdowne ist sehr alt, vielleicht an die Achtzig; solange auch ältere Politiker zu denken können, spielt er bereits eine führende Rolle. Er kann also, ohne Gefahr einer Hochverratsanklage, seine Stimme für den Frieden erheben.

Zimmerlin aber ist er doch ein so scharf geschulter Politiker, daß er vermutlich derartige Gedanken auch im Einverständnis mit den maßgebenden Kreisen ausspricht.

Mit anderen Worten: Wir haben es hier mit einem Führer der englischen Regierung in der Friedensfrage zu tun, vielleicht nur gegenüber dem eigenen Volke, aber doch im Sinne des Friedens.

Bittere Entschlüsse.

Der Minister des Äußeren, Bonar Law, hat in einer langen Rede gegen Lansdownes Stellung genommen. Er gesteht ein, daß England keine Aussicht auf einen Wahnsieg hat und setzt seine Hoffnung auf Englands stärkere Kraft im Durchhalten.

„Die ganze Welt steht gegen die Deutschen in Waffen und zwar ist sie in einer Weise organisiert, wie dies wohl kaum wieder geschehen wird (1). Wenn wir auf unser Recht nicht jetzt bestehen können, wie wollen wir dann gegen sie später unter neuen Verhältnissen kämpfen? Nicht durch einen entscheidenden Sieg kann der Krieg entschieden werden. Wir müssen den Deutschen zeigen, daß wir länger aushalten können als sie und die Umwälzung in der Ansicht der Deutschen, von der wir soviel hören, wird dann jeden Tag wachsen und wird vielleicht selbst die Resultate zeitigen, die wir alle gern sehen mögen. Ein Frieden auf Lansdownes Grundlage würde in Wirklichkeit die Niederlage der Entente sein.“

Bonar Law drohte dann: Ich sehe vielleicht Gefahren, die uns nicht bedrohen werden, aber wenn diese friedensfreundliche Bewegung durch Lord Lansdownes Brief angefaßt werden und eine Wendung nehmen sollte, die es der Regierung unmöglich machen würde, sich auf die Genehmigung notwendiger Kriegsmassregeln durch das Unterhaus zu verlassen, so würde der Regierung nur noch ein Weg offen stehen. Um diesen Krieg zu gewinnen, muß die Regierung die Sicherheit haben, daß sie das Volk hinter sich hat.

Der einzige Weg, den Bonar Law noch sieht, ist offenbar die Auflösung des Unterhauses und die Regierung der Diktatur.

Solange die Alliierten ihre Verpflichtungen halten.

Ein anderer englischer Minister sprach ebenfalls über den Brief Lansdownes, aber bereits viel weniger entschlossen. Es war Mr. Chamberlain. Er erklärte: „Solange unsere Alliierten ihren Verpflichtungen uns gegenüber treu bleiben, wollen auch wir unser Wort halten und unsere Verpflichtungen nachkommen.“

Englands Nahrungsforgen.

Der Schiffsmangel in England schreitet fort, und zwar unter dem Druck des U-Boottkrieges verhängnisvoll. Jetzt sieht sich das englische Nahrungsmittel in einem Mangel laut „Journal of Commerce“ vom 17. Okt. bereits zu dem wichtigen Eingangsgegenstande genötigt, daß selbst der völlige Stillstand des U-Boottkrieges den Ernst der Nahrungsschwierigkeiten nicht mehr beheben könnte. Der Aufsatzt u. a.:

„Die Fortführung eines erfolgreichen U-Boottkrieges würde die Schwierigkeiten der Ernährung wesentlich steigern, aber andererseits würde der völlige Stillstand des U-Boottkrieges den Ernst der Lage nicht aufheben. Es handelt sich nicht nur um die Nahrungsmittel, welche bei der Ueberfahrt verloren gehen, sondern um eine Weltknappheit an Tonnage und Lebensmitteln, welche strenge Sparsamkeit erforderlich macht. Bei unseren schon beschränkten Frachtkapazitäten, wie sie mehr durch die Ansprache von Meer und Marine als durch die Versenkungen herbeigeführt werden, sind wir in weitem Maße gezwungen, unsere Nahrungsmittel aus den nächstgelegenen Ländern zu beziehen, und wenn wir nicht die strengste Sparsamkeit üben, so werden die Nahrungsmittel nicht den Anforderungen entsprechen, welche wir selbst und unsere Verbündeten zu stellen haben.“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Dezbr.

Der Reichstag wurde heute mit einer Kundgebung seines

Hauptausschusses für Vorkriegs- und Friedensangelegenheiten eröffnet. Es erklärte nämlich Abg. Bruns zu Schöneberg (natl.): Als Berichterstatter über den Etat des Auswärtigen Amtes habe ich vom Hauptausschuß den Auftrag erhalten, folgende Erklärung im Namen des Hauptausschusses hier abzugeben: In den Verhandlungen des Hauptausschusses hat der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes weitere Mitteilungen über das russische Friedensangebot gemacht. Der Hauptausschuß hat sich einstimmig zu den Erklärungen des Reichstages vom 29. November über seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über den russischen Friedensvorschlag bekannt. In diesen Erklärungen hat Graf Hertling ausgeführt: Die russische Regierung hat gestern von Jaroslaw-Zelo ein von dem Kommissar Herrn Berlin unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegführenden Länder gerichtet, worin sie vorschlägt, zu einem neuen Termin in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden einzutreten. Ich stehe nicht an, fuhr der Reichstagspräsident zu erklären, daß in den bisher bekannt gewordenen Vorschlägen der russischen Regierung die für die Aufnahme von Verhandlungen erfüllt werden können, und daß ich bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung hierzu bevollmächtigte Vertreter entsendet. Ich hoffe und wünsche, daß der Kanzler seine Erklärung, daß diese Bedingungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Ramens des Hauptausschusses habe ich den vollen Beifall des Reichstages auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Die Steuern nach dem Kriege.

Die Verhandlungen in der 3. Lesung des Nachtragsbudgets mit den neuen Millionenkrediten wurden eingeleitet durch eine amtliche Rede über die neuen Steuern.

Eine vorläufige Schätzung des Gesamtergebnisses der in diesem Jahre veranlagten Kriegsteuer kann vorläufig nur summarisch erfolgen. Ich glaube sagen zu können, daß die Kriegsteuer mit Zuschlägen dem Reich einen Ertrag von rund 5 Milliarden Mark bringen wird. Der Durchschnitt der schon abgeschlossenen Bezirke stellt sich auf etwas mehr als das Fünftel der Ergebnisse des Wehrbeitrages. Das Resultat ist also erheblich besser, als wir es bei der vorjährigen Berechnung veranschlagt haben. Der Wehrbeitrag, der jetzt auch veranlagte Besitzsteuer und die Kriegsteuer stellen zusammen die vom Reich während des Krieges erhobenen direkten Steuern dar, die zusammen über sechs Milliarden ergeben werden. Auch die Bundesstaaten und die Kommunen haben ihre direkten Steuern erhöhen müssen. Bei Begründung der preussischen Verhältnisse wird man annehmen können, daß hier ein Mehrbetrag von etwa zwei Milliarden gegenüber der Friedenszeit erhoben worden ist. Ich bin mir bewußt, daß unsere bisherigen Kriegsteuern in erster Linie dazu dienen, das bisherige Zinsensoll, sowie die Ausfälle an anderen Steuern zu decken, und daß nur ein Teil der Kriegsteuern eine tatsächliche Minderung des Anteilseinkommens herbeiführen wird. Wenn englische Kollegen von der Höhe der Beiträge der Reichsregierung hören, daß in England der Beitrag der Reichsregierung der gesamten Einnahmen genüge, um die späteren Friedensausgaben einschließlich der Verzinsung der Kriegsschuld zu decken. Nach meinen Berechnungen ist da ein Fragezeichen zu setzen. Darin stimmen mir auch die wichtigsten englischen Finanzzeitschriften bei. Bedenklich ist die völlige Ausdrucksweise der Behauptung, wir rechneten unsere Reichsschulden, an die Verbündeten nicht in die bewilligten Kreditkassen ein. Ich will das zarte Verhältnis zwischen dem englischen Gläubiger und seinen Schuldnerstaaten nicht mehr trüben, als dies inzulassen Statist und Ökonomist getan haben. Beide behaupten unverschämte, daß England genötigt sein könnte, die Summe, die sich bereits auf 36 Milliarden beläuft, in den Kassen zu schreiben. Das was wir in irgendeiner Form zur Stärkung des Kredits unserer Verbündeten getan haben, ist nur ein kleiner Teil der englischen Vorkriegssumme, und alles, was wir in Form von Bürgschaften geleistet haben, wird auf Heller und Pfennig in die von ihnen bewilligten Kredite eingerechnet.

Zigarettensteuer, Kriegszuschlag werden, wenn das zweite Halbjahr den Ergebnissen des ersten gleichkommt, über 800 Millionen gegenüber 126 Millionen des Vorjahres ergeben. Die Kohlensteuer hat im Oktober 78,7 Millionen gebracht. Die Verkehrssteuer kommt nur allmählich in Gang. Die Abgabe von den Gütertarifen ist eingeführt. Die Steuer von den Personentarifen erfordert wegen des Neubaus aller Bahnlinien noch einige Zeit. Das erfreuliche Ergebnis der letzten Kriegsanleihe hat bewirkt, daß das Jahr 1917 mit seinen beiden Anleihen und einem Ertrag von mehr als 26 Milliarden abbracht und damit die Jahre 1915 und

1916 im Gesamtanleihergebnis überflügelt hat. 94 Prozent der neuen Kriegsanleihe sind eingezahlt.

Den Dank, den Ihr Herr Präsident dem Reichstagspräsidenten und der Reichsfinanzverwaltung für dieses Ergebnis ausspricht, bitten wir, an die vielen Regierenden freiwilligen Helfer weitergeben zu dürfen, die wir im ganzen Lande hatten. Ich möchte den Dank aber auch weitergeben an die Presse, an die Banken und Sparkassen und nicht zum wenigsten an das Volk, das wieder in allen seinen Organisationen das Ergebnis hat fördern helfen. Der große Erfolg der Anleihe und ihre blühende Zustimmung zu den Finanzvorlagen beweisen, daß unsere Kriegsförderung im Einklang mit dem deutschen Volk und die in hohen Maße erfolge.

Ich denke, daß wir während des Krieges den durch drei Jahre verfolgten Weg weitergehen, das heißt: nach Möglichkeit Konsolidierung der Kriegskosten durch langfristige, regelmäßig wiederkehrende Anleihen, Ausbringung des Zinsdienstes durch neue, gegebenenfalls auf den besonderen Verhältnissen des Krieges angepaßte Steuern, organische Finanzreform unter Durchführung eines größeren Planes, erst dann, wenn wir über wirtschaftliche und sonstige Folgen klarer sehen. An einem solchen Plane wird seit über einem Jahre gearbeitet. Gewisse Umrisse zeigen sich schon. Es ist aber erst möglich, sie klar herauszuarbeiten, wenn jene Folgen zu übersehen sind. Die Vorbereitung erfolgt im engen Einvernehmen mit den einzelstaatlichen Finanzverwaltungen mit denen ich persönliche Fühlung zu halten bewußt bin. Indessen soll hier nicht die Steuer führen, wenn es gälte, auf dem einen oder anderen Gebiete neue Wege einzuschlagen, sondern die Volkswirtschaft selbst. Der Ertrag läßt sich bei der modernen Steuerreform an die eine oder andere Form anschließen, und deshalb wird gerade für mein Ressort ein enges Zusammenarbeiten mit dem Reichswirtschaftsamt erforderlich sein. Bei Vorlegung des nächsten Haushaltsplanes werden wir diesen Gegenstand weiter zu erörtern haben. Der gegenwärtige feste Wille, durch eine große, die Bedürfnisse unseres reichgegliederten öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens voll berücksichtigende Gesamtreform, die Finanzen in geordneten Bahnen zu erhalten, wird bei Ihnen und der Finanzverwaltung vorhanden sein. Wo ein solcher Wille vorhanden ist, da wird sich aber auch ein gemeinsamer Weg finden lassen. (Lebhafter Beifall.)

Ramens der Sozialdemokraten erklärte Abg. Ebert (Soz.): Die Zustimmung seiner Partei, während die unabhängigen Sozialdemokraten durch ihren Redner wie üblich scharf protestieren ließ.

Daraus wurde der Nachtragsetat gegen die unabhängigen Sozialdemokraten angenommen. Die nächste Sitzung wurde auf Mitte Januar angesetzt.

Die Ernährungsaussprache.

Berlin, 30. November.

Drei Tage lang hat sich das preussische Abgeordnetenhaus über die Fragen der Volksernährung unterhalten. Hoffentlich zeigt sich die Wirkung dieser umfassenden Verhandlungen nun bald. Am Freitag brachte noch Abg. Braun (Soz.) eine Fülle von Wünschen vor. In mehrstündiger Rede behandelte er alle Ernährungsfragen und verlangte besonders eine erhebliche Verabfolgung der Preise. Er vertrat durchaus den Standpunkt der Verbraucher und brachte heftige Anklagen gegen die beherrschenden Organisationen vor. Unterstaatssekretär Peters erklärte demgegenüber, daß eine Erhöhung der Kartoffelration nicht möglich sei, weil gewisse Fälle für alle Fälle aufbewahrt bleiben müssen.

Damit war eigentlich die Aussprache über die Volksernährung beendet. Man verband aber damit noch einen Antrag des konservativen Abg. Hammer, der für die Freizügigkeit des Handels eintrat. Bei dieser Gelegenheit entwickelte sich zwischen dem Abg. Hammer (kons.), Dr. Wetzel (freil.), v. Boddin (kons.) und dem Reichsernährungsfunktionär v. Wadow eine breite Aussprache über das Thema „Der Handel im Kriege“. Man sah über den Schlechthandel zu Gericht und verurteilte ihn in Grund und Boden, ohne jedoch angeben zu können, wie man ihm wirksam zuleibe rücken kann. Die Rechtsprechung der Gerichte, die vielfach mit dem Volkswirtschaften nicht in Einklang steht, fand eine herbe Kritik. Man forderte viel schärfere Strafen gegen die Kriegswucherer, als sie üblich sind, und andererseits verlangte man mehr Rücksicht auf den Kleinhandel, der von Tausenden von Kriegsverbunden umgeben ist und oft beim besten Willen eine Uebertretung dieser oder jener Bestimmung nicht vermeiden kann.

In der Aussprache wurden die Ausführungen des Antragstellers lebhaft unterstützt.

Am Sonnabend geht die Aussprache weiter.

Berlin, 1. Dezbr.

In vorgeschlagener Stunde hat heute nach recht interessanter Kleinberatung das preussische Abgeordnetenhaus die Verhandlungen über die Ernährungsfragen und was damit zusammenhängt, zu Ende geführt und dann in einer großen Abstimmung die sämtlichen Anträge des Ausschusses — ausgenommen jene zugehörigen von Maßnahmen für vermehrten Kartoffelanbau — angenommen, den Antrag Hammer (kons.) über die Förderung des Kleinhandels angenommen, alle übrigen Anträge aus dem Hause, auch jener über Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfd., abgelehnt und sich danach bis Mittwoch — Tagesordnung: Wahlrechtvorlagen — vertagt.

Weit über 3 Millionen Gefangene.

Kürzlich wurde von deutscher amtlicher Seite bekanntgegeben, daß die Zahl der kriegsmäßig in deutschen Lagern geführten Kriegsgefangenen die Ziffer von 2 000 000 überschritten habe. Die Zusammenstellung unserer österreichisch-ungarischen Bundesgenossen vom 1. November ergibt für die österreichisch-ungarische Monarchie eine Gesamtzahl an Kriegsgefangenen von über 1 000 000 Köpfen. Auch ohne Zurechnung der in den deutschen Aufstellungen nicht mitgezählten, in der Etappe befindlichen Kriegsgefangenen sowie der von den Bulgaren und Türken eingebrachten Kriegsgefangenen ergibt das allein für Deutschland und Österreich-Ungarn eine Zahl von weit über 3 000 000 Mann.

Lokales und Provinzielles.

Mitteilung des Rheingauer Weinbauvereins

An die Herren Weingutsbesitzer und Winzer!

1. Es wird hierdurch nochmals gebeten, die Bestellungen auf Tabaklauge und Schmierseife für die Heu- und Säuerwurmbekämpfung zu beschleunigen. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Oekonomierat Ott Nüßlein, nimmt noch Bestellungen bis spätestens 10. Dezember entgegen.

2. Von sachmännlicher Seite wird dem Vorstand empfohlen, die Rebsprizen und Schwefelapparate ordnungsmäßig aufzubewahren (keine Prühe- und Schwefelreste über Winter in den Apparaten zulassen usw.) sowie notwendige Ausbesserungen (Reparaturen) und Ersatzteile jezt schon zu bestellen.

3. A.:

Schilling.

Obst- u. Weinbauinspektor der Landwirtschaftskammer.

* Geisenheim, 4. Dez. Der Fachlehrer u. Betriebsleiter für Gartenbau an der Lehranstalt, Garteninspektor Glinde, ist zum „Königlichen Gartendirektor“ ernannt worden.

* Geisenheim, 4. Dez. Herr Bismarckmeister Schwaab, Sohn des Herrn Karl Schwaab wurde im Felde zum Leutnant der Reserve befördert.

* Geisenheim, 4. Dez. Heute Dienstag Abend findet auf dem Rathause eine Stadtverordnetenversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

- 1.) Bewilligung von Kriegsteuernzulagen an die städtischen Beamten und an die Lehrer der Realschule
- 2.) Wahl von zwei Beisitzern und deren Stellvertreter für die am 10. d. Mts. stattfindenden Stadterordnetenwahlen.
- 3.) Holzverkauf an die Chemische Fabrik in Lorch.

* Geisenheim, 4. Dez. Im § 4, 2b der Bekanntmachung, betreffend Veräußerung, Verarbeitungs- und Bewegungsvorkehr für Wein, Trauben, Wein- und Strickgarn, vom 31. Dezember 1915 ist bestimmt, daß 10 vom Hundert der damals in Warenhäusern und 30 vom Hundert der damals in sonstigen offenen Ladengeschäften vorhandenen Strickgarn unter bestimmten Voraussetzungen im Kleinverkauf und an Hausgemeinschaften abgegeben werden dürfen. Diese zum Verkauf freigegebenen Teilmengen sind zwischen dem 1. Dezember 1915 und dem 31. Dezember 1915 durch die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. I. 1464/7, 16. R. A. auf 40 bzw. 50 vom Hundert und durch die Nachtragsbekanntmachung Nr. W. I. 210/12, 16. R. A. auf 60 vom Hundert — mindestens aber 25 kg. — erhöht worden. Sie erfahren am 1. Dezember 1917 infolge einer neuen Erhöhung, als von da ab 80 vom Hundert aller am 31. Dezember 1915 in Warenhäusern und offenen Ladengeschäften vorhandenen Strickgarn unter den bisherigen Voraussetzungen abgegeben werden dürfen. Auch der nach Abzug dieser 80 vom Hundert verbleibende Rest darf in gleicher Weise abgegeben werden, wenn er nicht mehr als 5 kg. beträgt. Der Verkaufspreis darf den vor dem 31. Dezember 1915 von demselben Verkäufer erzielten Verkaufspreis um höchstens 12 vom Hundert übersteigen.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeistern einzusehen.

* Geisenheim, 4. Dez. Zu der Bekanntmachung Nr. 1/7, 17. R. A. vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise für Salzsäure ist eine Nachtragsbekanntmachung Nr. 1001/11, 17. R. A. vom 1. Dezember 1917 erlassen worden. Durch die Nachtragsbekanntmachung erhält § 13 eine neue Fassung. Sie bezieht sich in der Zwischenzeit gestiegenen Unkosten für Verpackung und Lieferung Rechnung zu tragen. Ferner sind einige ergänzende Bestimmungen, die sich in der Praxis als unzureichend herausgestellt haben, eingefügt worden. Hierdurch sind die Vorschriften über Salzsäure mit denen über Schwefelsäure und Oleum in Uebereinstimmung gebracht worden. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeistern einzusehen.

* Geisenheim, 4. Dez. Am 1. Dezember 1917 tritt eine Nachtragsbekanntmachung Nr. 2 888/11, 17. R. A. zu der Bekanntmachung vom 20. Oktober 1917, betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder (Nr. 2 888/7, 17. R. A.), in Kraft. Durch den Nachtrag ist die Einreihung in die Wertklassen (§ 3 Ziffer 1) abgeändert. Sortiment Nr. 1 umfaßt nunmehr nur Leder, das keine oder ganz unerhebliche örtliche Schäden aufweist. Bezüglich der Wertfeststellung (§ 4) ist eine Änderung dahin getroffen, daß als gut getrocknetes Leder anzusehen ist, das bei normaler Aufbewahrung nichts an Gewicht verliert. Als nicht gut getrocknet gilt auf jeden Fall Leder, das auf dem Transport zum Empfänger erster Hand mehr als 1,5 vom Hundert an Gewicht verliert. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Bürgermeistern einzusehen.

* Geisenheim, 4. Dez. Im Gasthaus zur Linde hielt vergangenes Donnerstag Herr Justizrat Dr. Alberti Weinbadener auf Veranlassung des Räum. Vereins Mittel-Rheingau einen Vortrag über „Die deutsche Volkswirtschaft nach dem Kriege“. Der Redner wies daraufhin, daß vielfach die Ansicht bestehe, nach dem Kriege wird es wieder die alten Verhältnisse eintreten, wie sie in Friedenszeiten bestanden haben, er warnte vor solchem Optimismus betonte auch, daß für eine ausgesprochen pessimistische Anschauung kein Grund vorhanden sei. Die Rationierung der Lebensmittel würde auch noch einige Zeit nach dem Kriege bestehen bleiben müssen, wie sie auch in Bezug auf die Verteilung von Rohstoffen für die Industrien nicht zu umgehen sei. Eine innere Wirtschaftsstörung sei nach dem Kriege nicht zu befürchten, weil die Vorbedingungen dafür fehlten. Ebenso wenig werde Arbeitslosigkeit eintreten, denn die Landwirtschaft, der Bergbau, das Bergbauwesen werden für die aus dem Feld zurückkehrenden Arbeitskräfte ausreichende Beschäftigung bieten und dann würde die Entlassung der Mannschaften auch nur nach und nach vor sich gehen müssen. Ueber unsere zukünftige volkswirtschaftliche Stellung ist Redner keineswegs beunruhigt, selbst nicht wenn unsere Feinde sich uns gegenüber abziehen wollten. Eine solche Annahme kann praktisch kaum ernst genommen werden und wir leisten in dem geschaffenen mitteleuropäischen Wirtschaftsbund, der nach dem Kriege erst richtig ausgebaut werden kann, ein ideales Gegengewicht. Daß wir nach dem Kriege ein gehäuftes Maß von Verpflichtungen, außer den Kriegs-

den zu erfüllen haben werden, ist eine nicht wegzuleugende Tatsache und sie werden durch die Ausbringung von allein nicht getilgt werden können, wohl aber wie Redner meint, durch eine allgemein Abrüstung die nach Kriege einsehen muß. Die Stärke unseres Nationalwappens bietet die sichere Grundlage zu der Annahme, wir unsere Schuldenlast unter der erwähnten Voraussetzung der Abrüstung in absehbarer Zeit voll erfüllen können. Unsere Hauptaufgabe nach dem Kriege muß es die Ausfuhr nach Möglichkeit zu steigern und auf der einen Seite die Einfuhr nach Möglichkeit einzuschränken, und durch das Vertrauen, das das Ausland in unser festgefügtes Staatswesen und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit setzen muß, wird sich auch unsere Valuta in kurzer Zeit bald wieder bessern und festigen. Für die Ausfuhr sind uns überdies Erzeugnisse zu Gebot, die vom Ausland begehrt sind und unsere Ausfuhr von selbst beleben. So von allem Farben, medizinische Artikel, Kali und Eisen. Die Zeugungs-Erscheinungen nach dem Kriege sind zwar nicht gleich, aber nach und nach entsprechende Förderung erfahren, allerdings wird die wenig tröstliche Tatsache bestehen bleiben, daß wir die ehemaligen Friedenszeiten nicht mehr bekommen werden. Es wird der Anspannung aller Kräfte des deutschen Volkstörpers bedürfen um wirtschaftliche Stellung wieder zu erobern, die Deutschland auf den Höhen seiner Entwicklung vor dem Kriege genommen hat, aber deutscher Fleiß und Beharrlichkeit über die schwierigen Zustände, die nach einem so langen Kriege sich nicht vermeiden lassen werden, ebenfalls hinweghelfen. Der Redner knüpfte an seine Ausführungen ein Nachschauen der Preise nach dem Kriege die Wirkung an, daß auch die Weinpreise von dem Niedergang verschont bleiben würden und glaubt dem Winger den geben zu sollen mit dem Verkauf seiner Weine nicht lange zu warten bis er zu spät sein wird. Die interessante, klarverständlichen Schilderungen des Redners fanden lebhaften Beifall, der Vorsitzende des Vereins Herr Carl Schneider Wiesbaden sprach Herrn Justizrat Dr. Alberti Dank des Vereins aus und erwähnte die erschienenen Hinblick auf die Waffensysteme unsere tapferen Heere in unentwegtem Durchhalten.

Weissenheim, 4. Dez. Den dritten dieswinterten Vortragsabend des Kaufmännischen Vereins Mittelrhein, welcher am Dienstag, den 11. Dezember abends 8 Uhr im Hotel Germania in Weissenheim stattfindet, hat bekannte Schriftstellerin Frau Ottilie Stein in Karlsruhe übernommen. Frau Stein wird über: „Das Leben Frau bei uns, bei unseren Verbündeten und unseren Feinden“ sprechen.

Zur Volksschätzung am nächsten Mittwoch. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 18. Oktober dieses Jahres findet am 5. Dezember eine allgemeine Volksschätzung im Deutschen Reich statt. Die Schätzung erfolgt von Haus zu Haus und von Haushaltung zu Haushaltung. Für jede Haushaltung ist eine Haushaltungsschätzungskarte A bestimmt, in die jede Person einzutragen ist.

Zur Entlassung des Fernsprechers hat der preussische Justizminister eine Verfügung erlassen, worin er anordnet: Dienstliche Telegramme dürfen im allgemeinen nur von den höheren Beamten abgeschickt, Ferngespräche nur von diesen angeordnet werden. Alle übrigen Beamten haben in jedem einzelnen Falle die Genehmigung der vorgesetzten Dienststelle einzuholen. Die Benutzung von Dienstanschlüssen zu Privatferngesprächen ist auch gegen Erstattung der Gebühren während der Dienststunden unstatthaft.

Posteinschränkungen. Vom 17. bis einschließlich 23. Dezember werden im Postverkehr die nachstehenden Beschränkungen notwendig:

1. Zur Beförderung unter Wertangabe werden von Privatpersonen nur solche Pakete angenommen, die — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. Pakete mit anderem Inhalt sind während der angegebenen Zeit von der Beförderung unter Wertangabe ausgeschlossen.

2. Das Verlangen der Eilbestellung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zugelassen.

Hopfen als Tabakerzatz. Der Bundesrat hat die Sitzung vom 29. d. Mts. Hopfen als Tabakerzatz bei der Herstellung von Tabakwaren nach freier Bestimmung des Reichstags und nach Maßgabe der Tabakerzatzverordnung bis auf weiteres zu erlassen. Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Reichstagsrat zur Sicherstellung des Hopfensbedarfes der Brauereien die Verwendung von Hopfen zunächst nur zur Herstellung nicht zigarettensteuerpflichtigen Rauchtabaks und Zigaretten gestattet. Die hierbei zu verwendende Menge ist vorläufig auf 10 v. H. der den einzelnen Rauchtabakherstellern zur Verarbeitung überlassenen Tabakmengen und bei Zigarettenherstellern auf 20 v. H. der ihrem Zigarettenkontingent entsprechenden Tabakmengen, wobei für je 1000 Stück Zigaretten 1000 Gramm Tabak in Ansatz zu bringen sind, beschränkt worden. Weiter ist aus gesundheitlichen Gründen bestimmt worden, daß das Mischungsverhältnis des Tabaks zum Hopfen bei den einzelnen Tabakherzeugnissen 20 v. H. nicht übersteigen darf. Zur Herstellung von Waren, die Tabak nicht enthalten (tabakähnliche Waren), ist die Verwendung von Hopfen nicht gestattet worden. Ob unter Mitverwendung von Hopfen hergestellte Tabakerzeugnisse als Heereslieferungen zugelassen werden, steht zurzeit noch nicht fest. Rauchtabak und Zigarettenhersteller, die künftig Hopfen verwenden wollen, müssen gemäß den Bestimmungen der Tabakerzatzverordnung vorher die Genehmigung des zuständigen Hauptamts dazu einholen.

Erbach, 4. Dez. Gelandet wurde hier im Rhein vor einigen Wochen die Leiche eines jungen Mädchens. Da damals nicht festgestellt ließ, um wen es sich handelte, wurde die Leiche schließlich auf dem hiesigen Friedhofe beigesetzt. Nun sind jetzt die Eltern des Mädchens, der Schiffsführer Kling aus Gernsheim und seine Ehefrau hierhin gekommen, und haben nach der erfolgten Ausgrabung der Leiche diese als die ihrer 13 Jahre alten Tochter anerkannt. Das Kind ist vor einiger Zeit von Bord des Schleppschiffs „Harpen Nr. 4“ in den Rhein gestürzt und ertrunken.

Von Nah und Fern.

Das stürmische Wetter auf der Nordsee. Das stürmische Wetter will noch nicht weichen. Besonders hart leidet die Elbfischerei unter dem unruhigen Wetter. Ebenso ist die Ausübung der Küstenschifferei gegenwärtig unmöglich.

Mit den Sporen hängen geblieben. Auf dem Paradiesbahnhof in Jena verunglückte der zum Besuch weilende Leutnant Gustav Breitenstein aus Lübeck tödlich. Er stand auf dem Trittbrett eines Wagens, um von seinem Bruder Abschied zu nehmen, als sich der Zug in Bewegung setzte. Beim Abspringen blieb er mit den Sporen hängen, wurde mitgeschleift und sofort getötet.

Ein Salz-Gradierwerk umgeworfen hat der Sturm in dem Dorfe Westerkotten. Das Haus des Fabrikarbeiters Schulte wurde durch die niedergehenden Schornsteinwände zertrümmert. Einige Kirchenbesucher entgingen mit knapper Not dem Tode.

Drei Mann mit einem Schuß getroffen. In Furt im Bayerischen Wald an der böhmisch-bayerischen Grenze hat der auf Urlaub aus dem Felde heimgekehrte Kaufmann Koch mit einem Revolver auf die zu ihm gekommene Steuer-Kontrollkommission gefeuert, während sie die Zigaretten nachzählte. Mit einem einzigen Schuß hat er alle drei getroffen. Dem Oberpollaufer durchbohrte die Kugel die Kehle, dem Magistratssekretär fuhr sie, beide Wangen durchbohrend, durch den Mund und blieb schließlich dem Genbarmerle-Wachtmeister im linken Auge stecken. Nur der Mittlere dürfte voraussichtlich mit dem Leben davonkommen. Der Täter flüchtete und wurde später wie seine ebenfalls verhaftete Frau ins Gefängnis gebracht.

Der — als Brandstifter. An der unweit Stuhm gelegenen Mühle des Gutes Hintersee löste der Sturm die Bremsvorrichtung, so daß sich die Mühle in Bewegung setzte, nach kurzer Zeit befehlte und alsbald Feuer fing. Die schweren Mühlensteine wurden geprenzt und flogen weit auf das Feld. Durch die Funken geriet auch das mit Stroh gedeckte Wohnhaus in Brand. Binnen zwei Stunden waren Mühle und Wohnhaus ein Raub der Flammen.

Hundert Jahre alt wurde am Sonntag, 28. November, der Obergärtner Kasimus Olsen in Obensee auf Fünen. Er ist noch ein eifriger Zeitungsleser, der täglich namentlich die Zeitungsberichte eifrig studiert und auch sonst geistig und körperlich vollkommen gesund ist.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 3. Dez. Abends. Amtlich. Westlich von Cambrai örtliche erfolgreiche Kämpfe. Auf den anderen Fronten nichts Neues.

TU Berlin, 4. Dez. Durch unsere U-Boote wurden im Ärmel- und Bristol-Kanal wiederum 2 Dampfer und 2 Segler vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die englischen Segler Robert Brown und Mannio Gaols, letzterer mit 180 ton. Bech von Manchester nach St. Niole, die Dampfer waren alle beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

TU Berlin, 4. Dez. Seine Majestät der Kaiser erließ an den Oberbefehlshaber der bei Cambrai kämpfenden Truppen folgende Erhaltung:

An Seine Königliche Hoheit den Kronprinzen Rupprecht von Bayern!

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat mir über den großen taktischen Erfolg der Armee des Generals der Kavallerie von der Marwitz am 30. November Vortrag gehalten. Allen Führern, die durch ihre Tapferkeit und ihre durchdachten Anordnungen die Grundlagen für die erfolgreiche Durchführung des Angriffes schufen und allen Truppen die ihren frischen Angriffsgestalt von Neuem bewiesen, spreche ich meine besondere Anerkennung sowie meine besondere Anerkennung sowie meinen und des Vaterlandes Dank aus.

Wilhelm I. R.

TU Berlin, 4. Dez. Die Nachricht von der Annahme des russischen Waffenstillstandsangebots durch die Zentralmächte hat unter den russischen Kriegsgefangenen ungeheure Freude hervorgerufen. Sie umarmten sich und gaben der Freude Ausdruck, daß nunmehr die Rückkehr in die Heimat in einigen Monaten aussichtsreich sei.

TU Genf, 4. Dez. Wie der Matin aus amtlicher Washingtoner Quelle erfährt, wird Wilson am Montag in der Botschaft an den Kongreß namens der Alliierten zu den Waffenstillstandsverhandlungen der Lennischen Regierung Stellung nehmen.

Zeit Journal, das Organ des Außenministers Bichon, erklärt, die Entente verfolge nicht die Gefahr eines russischen Sonderfriedens, sie werden aber an ihrem bisherigen Standpunkt festhalten.

TU Basel, 4. Dez. Der A. u. S. Rat erließ einen Aufruf an die verbündete rumänische Armee, der zum sofortigen Waffenstillstand auffordert. Der rumänische Gesandte hat Petersburg nicht verlassen, sondern Ansprache mit den Magazinalisten aufgenommen.

TU Lugano, 4. Dez. Wie die Stampa mitteilt, hat die von der russischen Regierung veröffentlichte Weigerung Italiens, daß der Papst von den Friedensverhandlungen ausgeschlossen sein solle, im Vatikan großen Eindruck gemacht, und unter den Katholiken in Italien große Erregung hervorgerufen.

Weiter sagt die Stampa: Das Ergebnis der Zusammenkunft der deutschen und russischen Unterhändler werde in Italien mit Angst und Sorge erwartet.

TU Genf, 4. Dez. Die Pariser Konferenz konnte über keinen der Vorschläge für eine günstige gemeinsame Oberleitung aller Streitkräfte der Entente schlüssig werden. Echo de Paris fügt hinzu, daß die Vereinheitlichung der Operationen Fortschritte gemacht habe.

Die in Versailles begonnenen Sitzungen des obersten Kriegsrates in denen vorläufig nur Frankreich, England und Italien vertreten sind, dauern fort.

TU Genf, 4. Dez. In einer Washingtoner Meldung des Matin heißt es: Die Kongreßbotschaft Wilsons enthält die dringende Aufforderung, die ganze Legislaturperiode den Kriegsberatungen zu widmen. Das amerikanische Kriegsziel sei die Sicherung der Demokratie der ganzen Welt durch Fortsetzung des Krieges.

TU Haag, 4. Dez. Der Pariser Berichterstatter der Times schreibt: Der erste Kriegsrat mag beschlossen haben wie er will; es ist ausgeschlossen, den Italienern die gewünschte Truppenmacht zu schicken, da es an den notwendigen Transportmitteln fehlt.

TU Genf, 4. Dez. Zeit Journal meldet aus London daß Lloyd George die Erklärungen des deutschen Reichstags im deutschen Reichstag über die Kriegs- und Friedensfragen in einer großen Rede im Unterhause in kommenden Woche unmittelbar nach seiner Rückkehr nach London beantworten werde.

TU Genf, 4. Dez. Der sozialistische Abgeordnete Moutet verlangt in einer Interpellation von der französischen Regierung Rechenschaft über die ohne Wissen des Parlamentes abgeschlossenen, von Trotski jetzt veröffentlichten Geheimverträge.

TU Zürich, 4. Dez. Nach Pariser Meldungen hat der große Kriegsrat in Paris endgültig die Entscheidung über die Teilnahme Japans in Europa gebracht. Das Ausbleiben einer offiziellen Japannachricht läßt, wie diese Blätter annehmen, darauf schließen, daß Japan die ihm zugedachte Rolle in Europa kaum zu übernehmen gedenke.

TU Genf, 4. Dez. Nach Madrider Depeschen Pariser Blätter nimmt die spanische Wirtschaftskrise gefährlich zu. Durch den Wagenmangel ist die Ausfuhr tatsächlich vollkommen eingestellt. Unzählige Fabriken haben die Türen schließen müssen, während infolge des Kohlenmangels in den großen Städten der Tramverkehr und die Straßenbeleuchtung voraussichtlich eingestellt werden. Man befürchtet die Arbeitslosigkeit werde zu schweren Unruhen führen.

Wien, 4. Dez. Aus dem Kriegspressequartier wird unter dem 3. Dez. gemeldet: Die Festsetzung Krynlenkos im russischen Hauptquartier ist von erbitterten Kämpfen begleitet gewesen, wobei der frühere Oberbefehlshaber Ducloux den Soldatentod erlitt.

Wien, 4. Dez. Amtlich wird verlautbart: Die russische Abordnung wurde gestern Nachmittag 4 Uhr vom Oberbefehlshaber Ost Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern mit einer kurzen Ansprache begrüßt, worauf die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Generals Hoffmann und unter Beteiligung der bevollmächtigten Vertreter der Obersten Heeresleitung Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei ihren Anfang nahmen.

Privattelegramm der „Geissenheimer Zeitung“

WTB Großes Hauptquartier, 4. Dez.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Kronprinzen Rupprecht von Bayern. An der flandrischen Front steigerte sich das Feuer von Mittags an zwischen Poelkapelle und Gheluvelt zu größerer Heftigkeit. In mehreren Wellen griff englische Infanterie nördlich von Gheluvelt an. Im Feuer und Gegenstoß wurden sie abgewiesen.

In den südlichen Abschnitten der Kampffront von Cambrai wurde die Artillerietätigkeit zwischen Inchy und Bourlon vorübergehend lebhaft. Kleine Vorfeldkämpfe verliefen für uns günstig.

In den südlichen Abschnitten dauerte tagsüber an der zwischen Macoing nach Cambrai führenden Straße örtliche sehr heftige Kämpfe an.

Unermüdlich im Draufgehen mit Handgranaten und Bajonett entrißen unsere Truppen den Engländern zahlreiche verteidigte Grabenstücke. Vergeblich versuchte der Feind sie wieder zu nehmen.

Bayrische Truppen erstickten das Dorf La Vagerie und behaupteten es gegen mehrfache englische Gegenangriffe.

Wir machten mehr als 500 Gefangene.

Front des deutschen Kronprinzen.

An der Ailette und zu beiden Ufern der Maas bei reger Erkundungstätigkeit zeitweise auslebendes Feuer.

Deftlicher Kriegsschauplatz. Die Waffenstillstandsverhandlungen an der russischen Front haben begonnen.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei günstiger Sicht war die Artillerietätigkeit in einzelnen Abschnitten lebhafter als an den Vortagen.

Der Generalquartiermeister Ludendorff.

DRUCKSACHEN

IN EINFACHER UND FEINER
AUSFÜHRUNG LIEFERT DIE
BUCHDRUCKEREI A. JANDER

Am 1. Dezember 1917 ist eine Nachtragsbekanntmachung Nr. 1001/11. 17. A. 10 zu der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A. 10 vom 1. Juli 1917, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise für „Sälsäure“ erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.

Stellvert. Generalkommando 18. Armee Korps
Gouvernement der Festung Mainz

Am 1. Dezember 1917 ist eine Nachtragsbekanntmachung Nr. L. 888/11. 17. R. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. L. 888/7. 17. R. R. A. vom 20. Oktober 1917, betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder, erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.

Stellvert. Generalkommando 18. Armee Korps.
Gouvernement der Festung Mainz.

Am 1. Dezember 1917 ist eine Nachtragsbekanntmachung Nr. W. I. 1680/10. 17. R. R. A. zu der Bekanntmachung Nr. W. I. 761/12. 15. R. R. A. vom 31. Dezember 1915, betreffend Veräußerungs-, Verarbeitungs- und Bewegungsverbote für Web-, Trikot-, Wirt- und Strickwaren, erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.

Stellvert. Generalkommando 18. Armee Korps.
Gouvernement der Festung Mainz.

Bekanntmachung.

Durch Bundesratsverordnung vom 18. Oktober 1917 ist angeordnet, daß am 5. Dez. d. Js.

eine Volkszählung

stattfinden soll.

Durch diese Volkszählung sollen alle in der Haushaltung in der Nacht vom 4. zum 5. Dezember 1917 anwesenden, sowie die aus der Haushaltung nur vorübergehend abwesenden Personen ermittelt werden.

Diese Zählung soll eine neue Grundlage für die Lebensmittelveilung schaffen und muß deshalb von der Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse mit größter Sorgfalt ausgeführt werden.

Die Durchführung der Zählung geschieht ehrenamtlich; die Einwohnerschaft wird gebeten, den Zählern ihre Aufgabe nach Möglichkeit zu erleichtern.

Wer bis 4. Dezember keinen Fragebogen erhalten hat, muß einen solchen bei der Bürgermeisterei anfordern. Mit Geldstrafe bis zu 1500 M. wird bestraft, wer sich weigert, die vorgeschriebenen Angaben in die Haushaltungsliste einzutragen, oder wer offensichtlich wahrheitswidrige Angaben macht.

Geisenheim, den 30. Nov. 1917.

Der Magistrat Kremer, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Die Kriegsgesellschaft für Weinobst-Einkauf und Verteilung weist darauf hin, daß die Bekanntmachung vom 31. August 1917 nicht volle Beachtung gefunden habe, indem außer zahlreichen, nicht gewerbsmäßige Hersteller von Obstwein auch eine große Anzahl von Inhabern gewerbsmäßiger Kellereien sich nicht gemeldet haben. Die Kriegsgesellschaft macht auf die Bestimmungen der §§ 4 und 9 der Verordnung vom 24. August 1917 aufmerksam und richtet an alle meldepflichtigen Hersteller von Apfel- und Birnenwein das Ersuchen, über die Beschaffung ihrer Rohstoffe und deren Verarbeitung der Gesellschaft Auskunft zu geben, sowie den zur Kontingenterstellung notwendigen Fragebogen einzufüllen. Die Auskunft oder Anmeldung hat sofort zu geschehen mit Vermeidung der vorgegebenen Strafen.

Die betreffenden Paragraphen der Verordnung vom 24. August 1917 lauten:

§ 4

Wer Obstkonserve, Obstwein oder Obstbrandwein herstellt oder absetzt, hat der Reichsstelle für Gemüse und Obst und der zuständigen Kriegsstelle auf Verlangen über die Beschaffung der Rohstoffe, über deren Verarbeitung und über den Absatz der Erzeugnisse Auskunft zu geben.

§ 9

Mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer auf Grund des § 1 erlassenen Bestimmungen der Reichsstelle für Gemüse und Obst zuwiderhandelt;
2. wer entgegen der Vorschrift des § 2 Obstkonserve oder Obstwein ohne Genehmigung der zuständigen Kriegsgesellschaft absetzt;

3. wer entgegen der Vorschrift des § 3 Obst vermischt;
4. wer eine nach § 4 verlangte Auskunft nicht in der geforderten Frist erteilt oder offensichtlich unvollständige oder unrichtige Angaben macht.

Neben der Strafe kann in den Fällen der Nummer 1 bis 3 auf Eingehung der Rohstoffe erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Geisenheim, 1. Dez. 1917.

Der Bürgermeister: J. B. Kremer, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Auf die Bekanntmachungen des stellvertretenden Generalkommandos des XVIII. Armee Korps und des Gouvernements der Festung Mainz vom 24. November 1917, haben alle Personen, welche Kaninchen, Hasen und Ratten schlachten oder geschlachtet haben, die roten Felle dieser Tiere binnen 6 Wochen an die Vereinsammelstelle eines Kaninchenzuchtvereins oder an einen Händler (Sammler) zu verkaufen.

Geisenheim, den 1. Dez. 1917.

Der Bürgermeister: J. B. Kremer, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 4½% Schatzanweisungen der VI. Kriegsanleihe können vom

10. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 15. Juli 1918 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmensiegel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VI. Kriegsanleihe findet gemäß unserer Mitte v. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

26. November d. J.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen für die I., III., IV. und V. Kriegsanleihe ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1916, 2. Januar, 1. Juli und 1. Oktober d. Js. fällig gewordenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Dezember 1917.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Bekanntmachung.

Alle herkömmlichen Selbstversorger, welche über ausreichende erlaubte Futtermittel verfügen und noch nicht im Besitze der für ihre Versorgung für 1918 nötigen Schweine sind, werden aufgefordert, sich die Schweine bis spätestens 15. d. Mts. zu beschaffen.

Schweinehalter, welche zur Erdeckung des Bedarfs für das Kalenderjahr 1918 hausschlachten wollen und noch nicht im Besitze der erforderlichen Genehmigung sind, haben dies bis spätestens 10. d. Mts. der Gemeinde anzuzeigen, unter Angabe der Gesamtzahl der von ihnen gehaltenen Schweine, der Zahl der für die Hausschlachtung in Anspruch genommenen Schweine und der Zahl der Wirtschaftsangehörigen.

Soweit die Schweine nicht zur Zucht bestimmt oder zu Hausschlachtungen nicht erforderlich sind, — länger als 1 Jahr werden die Vorräte nicht belassen — müssen dieselben zur Deckung der Viehauflage an die Fleischsammlung abgegeben werden. Hierbei wird auf die bis zum 15. Januar d. Js. geltende Vergünstigung in der durch die Bezirksfleischstelle unterm 22. vor. Mts. erlassenen, hierunter veröffentlichten Bekanntmachung über die Zuschläge zu den Einheitspreisen besonders hingewiesen.

Gleichzeitig werden die Selbstversorger auf die Vergünstigung, welche sie hinsichtlich ihrer Fleischversorgung und der Speckabgabe bei leichteren Schweinen infolge der Verordnung des Kriegsernährungsamtes vom 2. Oktober d. Js. (veröffentlicht im Rheingauer Anzeiger Nr. 122) genießen, aufmerksam gemacht. Es liegt in ihren eigenen Interesse, daß die beabsichtigten Hausschlachtungen möglichst frühzeitig, selbst vor erlangter Schlachtreife, beantragt und auch alsbald vorgenommen werden.

Zwecks Erspargung von Futtermitteln müssen in den nächsten Wochen alle Ferkel abgeschlachtet werden. Es wird darauf hingewiesen, daß vom 1. Januar 1918 ab voraussichtlich neue einschränkende Bestimmungen für den Ferkelhandel erlassen werden und die Marktfreiheit des Ferkelfleisches nur bis zum 31. d. Mts. bestehen bleibt.

Geisenheim, den 1. Dez. 1917.

Der Magistrat Kremer, Beigeordneter.

Der Herr Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes hat zur beschleunigten Aufbringung auch der leichteren Schweine genehmigt, daß der Einheitspreis von 79 M. bis zum 15. Januar 1918 gezahlt wird und außerdem für die gleiche Zeit ein Zuschlag, der betragen soll bei Schweinen im Gewicht von mehr als 15 bis 30 Kilogramm 18 M., von mehr als 30 bis 45 Kilogramm 14 M., von mehr als 45 bis 60 Kilogramm 10 M. und von mehr als 60 bis 75 Kilogramm 6 M. für das Stück.

Frankfurt a. M. den 22. Nov. 1917.

Bezirksfleischstelle.

wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 3. Dez. 1917.

Der Magistrat Kremer, Beigeordneter.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 5. und Donnerstag, den 6. d. Mts., werden die den Versorgungsberechtigten auf Grund der Anordnung des Kreisnahrungsamtes vom 24. Oktober, statt Brotstreckungsmittel, bis 31. Januar 1918 zulehrenden Kartoffeln (20 Pfd. auf die Person) in dem Freiherr von Zwierelein'schen Keller in nachstehender Reihenfolge verausgabt. Für die Familien mit den Anfangsbuchstaben

A—B am Mittwoch von 9—11 Uhr	
C—F	11—12
G—J	2—3
K—L	3—4
M	4—5
N am Donnerstag von 9—10	
O—P	10—11
Q—R	11—12
S	2—3
T—V	3—4
W—Z	4—5

In Betracht kommen vorerst alle diejenigen die von der Stadt Kartoffeln bezogen haben. Für die, welche vom Erzeuger bezogen, wird ein anderer Termin bestimmt. Die Bezugsscheine sind am Mittwoch Vormittag bei der Stadtkasse gegen Zahlung des Betrages (M. 6 80 die 100 Pfd.) abzugeben.

Geisenheim, 4. Dezember. 1917.

Der Beigeordnete: Kremer.

Alle Sorten
Gemüse
Blumenkohl, Weißkraut,
Wirsing, Tomaten, Grünes,
Gelbe Rüben, Rote Rüben,
Weiße Rüben, Zuckerrüben
Erdkohltrabi, (auch zum Ein-
machen).

Mit Obst:
**Ob- u. Kochäpfel
und Birnen**
Frisch eingetroffen:
**Oregano-Extrakt und
Würfel.**
**Lymian-Kräutchen und
Knoblauch.**
Gregor Dillmann,
Marktstraße.

**Besuchskarten ::
Buchdruckerelander**

Prima Flaschenbier
in und außer dem Hause
Hotel zur Linde.

Pfähle

Weinbergs Stichel 1,50,
1,75 und 2 Meter lang.
Große Auswahl in kya-
nisierte und imprägnierte
Baumstämme; dicke imprä-
gnierte u. kyanisierte Pfähle
zu haben bei.
Gregor Dillmann.

Möbl. Zimmer
mit Pension
zu vermieten.
Näh. in d. Geschäftstr. d. 8.